

Fall Zumwinkel hebt die Steuermoral

Anleger ziehen Geld aus Liechtenstein ab · Mehrheit der Deutschen empfindet Steuersystem laut Umfrage aber als ungerecht

VON FRIEDRIKE V. TIESENHAUSEN,
BERLIN, UND WOLFGANG PROISSL,
LUXEMBURG

Die Steuerskandale des vergangenen Jahres haben bei den Deutschen zu einer leicht verbesserten Steuermoral geführt. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage für den Steuerzahlerbund Nordrhein-Westfalen. Demnach sagen mittlerweile 57 Prozent der Bevölkerung, sie würden „auf keinen Fall Steuern hinterziehen“. Vor neun Jahren waren es noch 50 Prozent.

Die neue Anständigkeit ist vor allem der öffentlichen Entrüstung über die sogenannte „Liechtenstein-Affäre“ zuzuschreiben. Anfang 2008 kamen die Behörden Hunderten wohlhabenden Bürgern auf die Schliche, die in dem Fürstentum Steuern hinterzogen hatten, darunter Ex-Postchef Klaus Zumwinkel. Allerdings ist unklar,

inwiefern die verbesserte Steuermoral tatsächlich zu höheren Steuerzahlungen in Deutschland führt. Das Bundesfinanzministerium hat dafür nach eigenen Angaben bis jetzt keine Belege.

Entscheidend dürfte zudem das Austrocknen von „Steueroasen“ sein. Dafür gibt es erste Anzeichen. So ziehen reiche Kunden angesichts der Diskussionen um Bankgeheimnisse Geld aus den Vermögensverwaltungsbanken in Liechtenstein ab. Die zum Fürstenhaus gehörende Bank LGT Group verzeichnete nach neuesten Zahlen im vergangenen Jahr einen Nettoabfluss an Anlagen von 1,3 Mrd. Franken. Liechtenstein hat sich mittlerweile wie auch die Schweiz, Österreich, Andorra und Monaco bereit erklärt, internationale Standards zur Steuerinformation bei begründetem Verdacht zu erfüllen.

Allerdings bleibt trotz der Aufregung um Zumwinkel und Co. eine

hohe Unzufriedenheit mit dem deutschen Steuersystem. So sagen laut der Umfrage immerhin vier Fünftel der Bevölkerung, ihre Steuern und Abgaben seien zu hoch. Unter den Vollzeitbeschäftigten sind dies nach Angaben der Kölner Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik satte 93 Prozent. Und neun von zehn Befragten meinen, dass das Steuersystem de facto die Armen benachteilige und die Reichen begünstige.

Weil die Steuergesetze angeblich so „ungerecht“ sind, hat fast jeder Zweite Verständnis für Steuerländer. Allerdings erstreckt sich dieses Wohlwollen eher auf kleine Schummereien als auf Hinterziehung im großen Stil. Immerhin 38 Prozent der Bevölkerung stimmen folgender Ansicht zu: „Wenn man bei der Steuer nicht ‚mogelt‘, dann verdient man nur Mitleid.“ Lediglich 29 Prozent wenden sich ausdrücklich gegen dieses Urteil.

Begrenzte Offenheit

Automatischer Austausch „Ich fände es nicht gut, wenn man sich jetzt darauf verlegt, Österreich und Luxemburg zum automatischen Informationsaustausch zu zwingen“, sagte Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker der FTD. „Man sollte zur Kenntnis nehmen, dass wir in Abkehr unserer traditionellen Position zum Informationsaustausch auf Anfrage bereit sind. Und das war es dann auch.“

Amnestie für Altfälle „Wir prüfen jetzt, wie wir die Novellierung der Zinsbesteuerungsrichtlinie in Angriff nehmen“, sagte Juncker weiter. „Wir werden dabei auch genau untersuchen, ob eine Amnestie für Altfälle ein Weg für uns wäre. Aber ich habe dazu noch keine abschließende Meinung.“

Immerhin ein knappes Viertel der rund 1000 Befragten räumte ein, schon ein oder mehrere Male Einkommensteuer hinterzogen zu haben. Vor allem Selbstständige, Vollerwerbstätige, Befragte mit hohem Einkommen und Arbeitslose erklärten, schon mehrfach falsche Angaben bei der Steuererklärung gemacht zu haben.

Hoffnung für die Staatskasse besteht auch angesichts der prominenten Urteile gegen Steuerländer. Denn vor allem die Angst vor Entdeckung und Strafe schreckt ab. Gut jeder Dritte nennt aber auch moralische oder politische Motive als Gründe, die gegen Steuerdelikte sprechen. Für knapp jeden Vierten ist es schlicht der Mangel an Gelegenheit.

ABZUG VON MILLIARDEN | Seite 16



WWW.FTD.DE/STEUERMORAL
Die kleinen Steuersünder